

Aktuelle Informationen aus Polen

Der XV. Ordentliche Kongress der
NSZZ „Solidarnosc“

Zerreißprobe bei den Vorstandswahlen –
Ist die Ära Krzaklewski vorüber?

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**
PRZEDSIÄWIELSTWO W POLSCE



September 2002

Vom 26. bis zum 28. September fand der 15. Ordentliche Kongress der NSZZ „Solidarnosc“ in Warschau statt. Dies war der erste Wahlkongress der Organisation nach den verheerenden Wahlniederlagen Krzaklewskis und dem von ihm geführten Parteienbündnis AWS bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Schon nach diesen Wahlniederlagen wurde der Unmut über die Verquickung von Gewerkschaft und Partei lauter, so dass mit Spannung darauf gewartet wurde, ob die Organisation auch künftig mit Krzaklewski an der Spitze würde arbeiten wollen. In den Monaten vor dem Kongress wurden andere Kandidaturen benannt und es zeichnete sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den Vorsitz ab. Dennoch war nicht vorhersehbar, wie schwer es sich die „Solidarnosc“ machen würde. Es waren vier Wahlgänge – mit anfangs vier Kandidaten notwendig, um dann einen Kandidaten zu küren, der zuvor „auf keinem Ticket“ stand.

Mit Janusz Sniadek wurde einer der bisherigen Vizechefs der Organisation erst in einem zweiten Wahlvorgang gewählt. Sniadek hatte sich zuvor als loyaler Vertreter des Krzaklewski-Vorstandes gezeigt und eine Kandidatur gegen ihn abgelehnt. Vor dem Hintergrund des zwei Tage andauernden Wahlprozederes muss er wohl zunächst als Kompromisskandidat gesehen werden. Allerdings hat er sich als faktisch geschäftsführender Vorsitzender der „Solidarnosc“ (Krzaklewski war bis zu den Parlamentswahlen fast ausschließlich auf der politischen Bühne zuhause) eine Reihe Verdienste erworben und man sagt ihm eine solide Führung der Geschäfte nach. Es ist – auch angesichts der bestehenden inhaltlichen Orientierungsphase der „Solidarnosc“ noch nicht absehbar, welche neuen Akzente Sniadek setzen wird.

Friedrich Ebert Stiftung
Projekt "Regionale Gewerkschaftskooperation"
Warschau

Frank Hantke

e-mail: fhantke@feswar.org.pl

nen\Polen\020930-"Solidarnosc"-kongress.doc

Gewerkschafts- und organisationspolitisch wurden während der verbliebenen Kongressdauer kaum neue Signale gegeben; hier werden erst die nächsten Monate zeigen, ob und welche neue Ziele innerorganisatorisch und gewerkschaftspolitisch angestrebt werden sollen. Zunächst aber wird es für die neu gewählte Landeskommission darauf ankommen, wieder Ruhe und Einigkeit in die Organisation zu bringen, bevor man sich mit Aussicht auf Erfolg an die Konsolidierung (<- Mitgliederwerbung) und die Durchsetzung der Beschlüsse des Kongresses machen kann.

Mit der Ablösung von Krzaklewski sehen viele Beobachter zumindest die Chance auf die Modernisierung und Neuorientierung der Gewerkschaft.

Die Einzelheiten

Der Kongress in Zahlen

Die Delegierten

Nach Angaben der Landeskommission nahmen am XV. Kongress der NSZZ „Solidarnosc“, 357 Delegierte aus ganz Polen teil. Die Delegierten vertraten ca. 900.000 „Solidarnosc“-Mitglieder, die in ca. 11.000 Betriebskommissionen und 37 Regionen organisiert sind.

Das Durchschnittsalter der Teilnehmer betrug ca. 44 Jahre (nach inoffiziellen Angaben der Presseabteilung). Die Männer bildeten 87,4 % (312) der Delegierten, die Frauen 12,6 % (45).

Nach wie vor waren die Regionen Oberschlesien (59), Masovien (32) (Warschau), Großpolen (Posen), Niederschlesien (Breslau) und Kleinpolen (Krakau) am stärksten vertreten.

Ca. 40% der Delegierten waren in diese Funktion neu gewählt worden.

Die inländischen Gäste

Zu den wichtigsten Gästen des Kongresses gehörten:

- Henryk Jankowski (Priester, ehemaliger Mitarbeiter und Beichtvater von Lech Walesa).
- Tadeusz Zając, Generalarbeitsinspekteur
- Henryka Bochniarz, Präsidentin der Polnischen Konföderation der Arbeitgeber (PKPP),
- Andrzej Malinowski, Präsident der Konföderation Arbeitgeber Polens (KPP).
- Marek Goliszewski, Präsident des Business Center Club (BCC)

Die Arbeitgebervertreter nahmen nur an der Eröffnungsveranstaltung teil, sprachen Grußworte und wurden z.T. aber ausgebuht.

Regierungsvertreter, z.B. Arbeitsminister Hausner, wurden nicht eingeladen, weil die Veranstalter auch hier unfreundliche Reaktionen bei den Delegierten fürchteten

Die ausländischen Gäste

Die Gruppe der ausländischen Gewerkschaftsvertreter war sehr groß. Es wurden 58 Gewerkschaftsbünde aus 38 Ländern (von Estland bis Indonesien) repräsentiert.

Zu den wichtigsten ausländischen Gästen gehörten:

- Guy Ryder, Generalsekretär von ICFTU,
- Emilio Gabaglio, Generalsekretär von ETUC,
- Roland Schneider, Senior Policy Advisor von TUAC und
- Roger Briesch, Präsident von der Gruppe II im WSA.

Zum Rechenschaftsbericht – Kritik wird auf Wahlvorgang verlegt

Die Landeskommission wurde nach Vorlage des Rechenschaftsberichtes über die abgelaufene Amtsperiode von 1998 bis 2002 entlastet. Der Beschluss wurde mit der Mehrheit von 234 Stimmen, bei 23 Gegenstimmen und 52 Enthaltene ohne größere Diskussionen angenommen.

Die Wahl des Gewerkschaftsvorsitzenden – 2/3 gegen Krzaklewski, aber keine Mehrheit für jemand anderen

Zu den Kernaufgaben des Kongresses gehörte die Wahl des Vorsitzenden, der Mitglieder Landeskommission sowie die Verabschiedung eines neuen Arbeitsprogrammes für die kommenden vier Jahre.

Schon vorher standen drei Kandidaten zur Wahl. Damit hatte Krzaklewski zum ersten Mal seit seiner Wahl zum Vorsitzenden im Jahre 1991 ernste Gegenkandidaten.

Die drei aussichtsreichsten Kandidaten wurden im Vorfeld in der Presse etwa folgendermaßen charakterisiert:

- Marian Krzaklewski, der bisherige Vorsitzende stehe für Stillstand und Anwachsen von innerorganisatorischen Problemen. In seiner Person konzentrierten sich die wachsenden Probleme der Organisation in den vergangenen Jahren. Er zeige nicht, dass er – bei einer Wiederwahl – wesentliche Änderungen im Führungsstil und in der Richtung der Gewerkschaft garantiere.
- Kazimierz Grajcarek wäre eine „Kraftlösung“, ein radikaler auftretender Arbeiterführer, der in der Vergangenheit auch nicht davor zurückscheute, zu radikalen Protestmitteln zu greifen (Androhung von Generalstreiks, Durchführung von Straßenprotesten und -blockaden). Er würde die Danziger Zentrale „durchlüften“ und die Gewerkschaft mit strenger Hand führen wollen.
- Józef Niemiec, einer der bisherigen Stellvertreter Krzaklewskis, wurde als moderner und gemäßiger Gewerkschaftsführer sowie als überzeugter Anhänger der EU-Integration und der Marktwirtschaft dargestellt.

Hinzu kam im letzten Augenblick Roman Brzozowski, ein wenig bekanntes Mitglied des Regionalvorstandes der Region Opolski (Oppeln).

Zum Ablauf der Wahlen und ihre Ergebnisse:

Es wurde festgelegt, dass – sofern es keine absolute Mehrheit gab – der Kandidat für den nächsten Wahlgang herausfiel, der die wenigsten Stimmen auf sich vereinen konnte

Stimmzahlen im ersten Wahlgang:

1. Grajcarek: 113
2. Krzaklewski: 112
3. Niemiec: 100
4. Brzozowski: 4

Stimmzahlen im zweiten Wahlgang:

1. Krzaklewski: 116
2. Grajcarek: 109
3. Niemiec: 103

Stimmzahlen im dritten Wahlgang:

1. Krzaklewski: 118
2. Grajcarek: 115

Stimmzahl im vierten Wahlgang:

Hier trat Marian Krzaklewski noch einmal und allein an, obgleich die bisherigen Wahlgänge verdeutlicht hatten, dass es für ihn in diesem Kongress keine absolute Mehrheit geben würde. Er erhielt mit 119 Stimmen lediglich 34,6% der Stimmen. Nach heftigen Diskussionen einigte sich die Kongressführung darauf, ein erneutes Wahlverfahren einzuleiten.

Neues Wahlprozedere

Dann folgte eine geschlossene Beratung („Konklave“) der Regionalchefs und dort traf man inoffiziell die Vereinbarung einer „Notlösung“. Janusz Śniadek, Chef des Regionalvorstandes Pommern (Danzig) und als stellvertretender Vorsitzender die „rechte Hand“ von Krzaklewski, wurde gebeten, für die Wahl zum Vorsitzenden zur Verfügung zu stehen. Er hatte im Vorfeld des Kongresses immer betont, nicht gegen Krzaklewski anzutreten.

Als Krzaklewskis Kandidatur auch zu diesem Wahlgang angemeldet wurde, stieß das auf heftige Reaktionen im Saal. Es wurde gebuht und gepfiffen. Nach dieser Reaktion der Delegierten allerdings zog Krzaklewski selbst seine weitere Beteiligung an der Wahl zurück. Dafür erntete er einen lang anhaltenden Beifall der Delegierten, die damit auch ihren Dank für seine bisherige Arbeit ausdrückten.

Nach seiner Vorstellung („Ich habe kein Wahlprogramm vorbereitet“) wurde Janusz Śniadek mit 232 Stimmen (69,3%) zum neuen Vorsitzenden der NSZZ „Solidarność“ gewählt. Es gab 103 Gegenstimmen.



Janusz Śniadek wurde in Sopot am 26. Mai 1955 geboren. Er ist verheiratet und hat einen Sohn.

Er ist Vorsitzender des Regionalvorstandes der NSZZ „Solidarność“ der Region Gdansk (Danzig) und seit 1995 Mitglied der Landeskommission und seit 1997 ihr Vizepräsident.

Der Kongress bestätigte bzw. wählte auch die 110 Mitglieder der Landeskommission (LK). Bestätigt wurden die Chefs der Regionalorganisationen sowie der Branchensektionen, die geborene Mitglieder der LK sind. Die LK ist das höchste beschlussfassende Gremium zwischen den Kongressen.

Die Landeskommission wählt auch – in ca. zwei Wochen – das 10 – 15-köpfige Präsidium, das seinerseits die stellvertretenden Vorsitzenden der Organisation bestimmt.

Das Programm für die nächste Amtszeit (2002-2006).

Da die Wahlen einen ganzen Tag länger gedauert hatten als vorgesehen, blieb nur wenig Zeit für eine vertiefte Programmdiskussion. Im Grundsatz beruft sich die Organisation auf die Katholische Soziallehre mit ihren wichtigsten Werten „der Achtung für die menschliche Würde, Freiheit und Patriotismus“

Die gewerkschaftspolitischen Herausforderungen wurden u.a. folgendermaßen abgeleitet:

„Die linke Regierung führt drastische Lösungen ein, die zur Einschränkung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte sowie zum Verlust der bisherigen Sozialrechte und zur Senkung der Einkommen der Beschäftigten führen“.

„Die Arbeitgeber nutzen die Gelegenheit, um ihre Gewinne auf Kosten der Arbeitnehmer zu maximieren. Viele von ihnen brechen geltendes Recht. Oftmals zahlen sie (bzw. beschränken) Löhne und Gehälter nicht aus oder kürzen sie eigenmächtig. Oft sind sie auch über Monate hinaus mit der Bezahlung im Rückstand. „Solidarnosc“ Vertreter, die dagegen protestieren, werden aus den Betrieben geworfen. Die liberalen Kreise, die das Parlament und die Medien dominieren, verbreiten eine falsche Meinung, dass am schlechten Zustand der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes hauptsächlich die Gewerkschaften schuldig sind, allen voran die „Solidarnosc“.

Schwerpunkt Arbeitsmarkt

„Die Gewerkschaft will sich im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sowie im Kampf um bessere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen engagieren.“

In Zusammenhang damit sieht die „Solidarnosc“ in einer beschäftigungsfördernden Wirtschaftspolitik eine nationale Priorität.

„Die Ausmaße der Arbeitslosigkeit gebieten einen radikalen Wechsel der Wirtschaftspolitik (Übergang zur einer beschäftigungsfördernden Wirtschaftspolitik).“

Erforderlich sei auch eine deutliche Stärkung von Institutionen des Arbeitsmarktes. Unter anderem heißt es:

„Wir fordern die Einführung einer einheitlichen nationalen Beschäftigungspolitik, die Einführung einheitlicher Standards zur Behandlung des Arbeitsmarktes, eine Stärkung der zielorientierten Fonds des Arbeitsmarkts und eine Stärkung der Rolle der Sozialpartner in diesen Prozessen.“

Damit wünscht sich die „Solidarnosc“ die Wiederherstellung der zentralen staatlichen Arbeitsverwaltung. Dabei muss angemerkt werden, dass dies gerade durch die vorige AWS/UW-Regierung abgeschafft worden war.

Die „Solidarnosc“ spricht sich für die Erhöhung der staatlichen Aufwendungen sowohl für Sturkurinvestitionen als auch für regionale Umstrukturierungsprogramme aus. Sie fordert zudem Begünstigungen für Arbeitgeber, die neue Arbeitsplätze schaffen oder junge Arbeitnehmer bzw. Absolventen schulen wollen.

Verlangt wird auch eine bedeutende Erhöhung der staatlichen Aufwendungen für die Bildung und für eine nationale Beschäftigungspolitik. Die „Solidarnosc“ fordert neue Programme für die Absolventen von Schulen und Hochschulen.

Die aktive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit soll Bestandteil des Arbeitsgesetzbuches werden.

Schwerpunkt Arbeitsrechts- und Sozialpolitik

„In der Sozialpolitik wird sich die Gewerkschaft auf die Situation der Arbeitslosigkeit konzentrieren. Eine große Mehrheit der Arbeitslosen sind Langzeit- oder Dauerarbeitslose ohne Qualifikationen und ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld. In der schlimmsten Lage befinden sich die Jugend, ältere Arbeitnehmer, Frauen und Bewohner der ländlichen Gebiete. Keine Regierung - auch die jetzige nicht - ergriff wirksame Maßnahmen für eine deutliche Milderung dieser Katastrophe.“

„Kontinuierlich wächst die soziale Spreizung. Von Jahr zu Jahr verschlechtert sich die Lage der erwerbstätigen Armen (working poor).“

Im Beschluss werden u.a. folgende Forderungen genannt:

- „Steigerung der staatlichen Hilfe für arme Familien,
- Steigerung der Löhne und Gehälter in Übereinstimmung mit dem Wachstumsanstieg und der Arbeitsproduktivität,
- Erhöhung der Aufwendungen für das Gesundheitswesen,
- Einführung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung und einer „Übergangs“-Versicherung für bestimmte Personengruppen, die frühzeitig verrentet werden,
- Stärkung der Kompetenzen der territorialen Kommissionen für den sozialen Dialog.

In der Wirtschaftspolitik soll eine „totale“ Privatisierung des Staatssektors zugunsten des Auslandskapitals durch eine ausgewogene Wirtschaftspolitik gegenüber der Staats- und Privatunternehmen ersetzt werden. Unzulässig sei die Aufgabe durch der dem Staatsschatz gehörenden Betriebe, die sich in der Krise befinden. Angesichts der großen Zahl von Missbrauchsfällen in der jüngsten Zeit, die durch für die Verwalter des Staatsvermögens zuständigen Personen begangen wurden, werde die Einführung der Procuratoria Generalna erforderlich. (Ein Amt, das es bereits vor dem zweiten Weltkrieg gegeben hatte. Es soll alle Belange des Staatsschatzes vor Gericht vertreten und als oberste Aufsichtsbehörde des Privatisierungsprozesses fungieren).

Darüber hinaus fordert die „Solidarnosc“ (per Gesetz!) Sozial- und Entlohnungsgarantien für die Beschäftigten in den umstrukturierten Branchen und Betrieben.

EU- Integration

Hier heißt es in dem Beschluss u.a.:

„Die EU-Integration erweckt sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen. Die wichtigsten Befürchtungen betreffen die Frage der Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität und Identität sowie die Erfüllung der sozialen und wirtschaftlichen EU-Standards. Insbesondere fürchten wir das Anwachsen der Arbeitslosigkeit“.

Gewerkschaft und Politik

Die „Solidarnosc“ möchte auch künftig eine Zusammenarbeit mit den ihr ideell nahstehenden Parteien anstreben, die sich für die Schaffung eines arbeitnehmerfreundlichen Arbeitsrechtes, für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für den Schutz der Familie vor Verarmung und Marginalisierung aussprechen. Hingegen werde die Gewerkschaft mit den liberalen und postkommunistischen Parteien nicht zusammenarbeiten.

In die Satzung soll ein Verbot der Verknüpfung von den Gewerkschafts- und Parlamentsfunktionen (Abgeordnete oder Senator) eingeführt werden.

Innerorganisatorische Fragen

Einen besonderen Wert wird auf die Schulungen von Funktionären gelegt, insbesondere in bezug auf die Professionalisierung der Gewerkschaftsarbeit und auf EU-Fragen. Des Weiteren wird die Ordnung der internen Finanzen (bessere Einziehung von Beiträgen), die Computerisierung der Gewerkschaftsbüros, das Werben neuer Mitglieder (besonders Jugend) und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den internationalen Gewerkschaftsorganisationen angestrebt.

Erste Wertungen

Die „Solidarnosc“ steht nach diesem Wahlmarathon, bei dem es keine echten Sieger gab, vor einem personalpolitischen Scherbenhaufen. Dabei betonten politische Kommentatoren angesichts der Situation der „Solidarnosc“ schon im Vorfeld, dass für die „Solidarnosc“ eine Leitfigur notwendig sei. Die möglichen Kandidaten standen sich aber selbst im Weg und vertieften das Bild einer Zerstrittenheit und Orientierungslosigkeit. Es schien, als ob persönliche Abneigungen, Karrieren oder Bindungen wichtiger sind als der Drang zu einer Geschlossenheit.

Notlösung mit Perspektiven

Śniadek ist offensichtlich eine „Havarie-Lösung“. Nach einer Einschätzung von Lech Walesa sei er „allzu manierlich“ und keine Garantie für eine Erneuerung der Gewerkschaft. Der erste „Solidarnosc“-Chef milderte seine Bewertung mit der Anmerkung: „Der braucht doch noch Zeit, um sein Profil zu zeigen“. Laut Walesa müsse man noch ein paar Monate warten, um Śniadek's Führungstalente besser einschätzen zu können. Die Position Śniadeks ist momentan nicht allzu stark. Seine Gegner – besonders seitens der „Grajcarek-Fraktion“ – haben schon angekündigt, dass sie nicht kapituliert haben und dass sie „auf das Thema“ bereits auf dem kommenden Kongress im nächsten Jahr zurückkommen werden. Śniadek wurde in einem Zeitungsartikel als Krzaklewskis Schatten bezeichnet. Eben das scheint, ein wichtiges Problem für beide – Śniadek und Krzaklewski – zu sein. Śniadek müsse sich nun von Krzaklewski „emanzipieren“ und sich selbständig machen. Laut Gerüchten soll Krzaklewski ein Vize von Śniadek werden. Das wäre aber eine fatale Lösung.

Belastend scheint für Śniadek auch die Bewertung der letzten Amtszeit (1998-2002) zu sein, in der er praktisch die „Solidarnosc“ geleitet hatte, weil sich Krzaklewski im wesentlichen in der Politik bewegte. Śniadek führte die Gewerkschaft in organisatorischer Hinsicht verlässlich, konnte seiner Führungsarbeit aber kein Profil geben. Er bezeichnete sich immer als loyal gegenüber Krzaklewski. Andererseits heben viele hervor, dass Śniadek ein talentierter Organisator und Manager sei. Ob er auch ein echter Anführer und Reformator sein könne, bleibe abzuwarten. Śniadek vereinigte auf sich die Stimmen der Anhänger von Niemiec und Krzaklewski. Dies könnte auf einen tiefen Riss innerhalb der „Solidarnosc“ hinweisen, der nicht nur persönliche und informelle Konstellationen, sondern auch programmatische Unterschiede widerspiegelt.

Neuanfang oder weiter so?

Krzaklewski wollte sich nicht von seiner Funktion trennen. Jetzt könnte er für die „Solidarnosc“ ein Problem werden. Denn Śniadek sagte noch auf dem Kongress, dass Krzaklewskis Verdienste für die „Solidarnosc“ nicht vergessen würden, und dass er einen entsprechenden Platz in der Organisation finden werde. Es wird spekuliert dass Krzaklewski die Funktion eines „Solidarnosc“-Botschafters in der internationalen Gewerkschaftsbewegung oder bei internationalen Institutionen bekommen sollte.

Manche sehen aber auch wieder einen Platz für ihn im Präsidium der Landeskommission, obgleich dies die Gräben offen halten würde.

Noch ein weiterer „Wahlverlierer“ gibt nicht auf

Grajcarek streckt noch nicht die Waffen. Es scheint, dass er jetzt auf die Pannen von Śniadek warten wird. Immerhin hatte er ein Drittel der Delegierten für sich gewonnen. 103 Personen stimmten auch in der letzten Runde gegen Śniadek. Die Anhänger von Grajcarek streichen ihn noch nicht als künftigen „Solidarnosc“-Vorsitzenden. Sie bemerken, dass für ihn noch bessere Zeit kämen. Der größte Unterschied zu Śniadek scheint aber eher im Führungsstil (Konsequenz, Eigensinn, Durchsetzungsfähigkeit, Verständnis für Reformbedürftigkeit, Kompromisslosigkeit dort, wo es angeboten wäre etc.) zu liegen. In dieser Hinsicht wäre Grajcarek mit großer Wahrscheinlichkeit in seiner Organisation erfolgsversprechender als Śniadek. Aber hier sollte man es durchaus mit Walesa halten, der Śniadek zugesteht, dass er mehr Zeit braucht, um Profil zu bilden.

Große Forderungspakete – wenig Durchsetzungsvermögen

Programmatisch haben sich kaum Neuerungen im Vergleich zur jüngsten Politik der „Solidarnosc“ ergeben. Nach wie vor werden die Schuldigen außerhalb der eigenen Reihen gesucht – es ist die Regierung und die Arbeitgeber. Daher fordert man immer noch zu viel vom Gesetzgeber und besinnt sich zu wenig auf die eigenen Notwendigkeiten. Denn selbst bei einer noch ausgeprägteren Gesetzgebung in arbeits- und sozialpolitischer Hinsicht offenbaren sich die Schwächen der Gewerkschaften – auch der „Solidarnosc“ – immer stärker. Solange sie nicht in der Lage sind, mit eigener Kraft bilaterale Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzufordern, solange werden sie sich – mit wenig Aussicht auf Erfolg – an den Gesetzgeber wenden. In der Arbeitswelt aber weitet sich die „gewerkschaftsfreie Zone“ immer stärker aus. Und dort, wo es keine Betriebsgewerkschaften gibt, hilft auch kein noch so gutes Gesetz. (Bezeichnenderweise fiel in diesem Jahr zum ersten Male die jährlich stattfindende Konferenz der „Solidarnosc“ zu den tarifpolitischen Ereignissen des Jahres aus. (Über Betriebstarifverträge ist man im abgelaufenen Jahr in der Privatwirtschaft aber auch nicht mehr hinausgekommen!))

Diese Erkenntnisse mögen dann auch dazu geführt haben, dass man zumindest innerorganisatorisch zu einer Straffung kommen möchte, um wieder attraktiv für neue Mitglieder zu sein. Die kommenden Monate werden zeigen, ob es dem neuen Vorsitzende gelingt, „die Truppe zu einen“, oder ob sich die „Solidarnosc“ wegen persönlichem Machtbedürfnisse einiger ihrer Führungspersonen weiter schwächt.

Dennoch: Zukunftschancen sind da

Im Falle einer Konsolidierung unter Śniadek sind durchaus Besserungen für die „Solidarnosc“ in Sicht, denn er hat sich schon in der Vergangenheit – ohne großes Aufheben – durchaus gestaltungsfähig wie auch pragmatisch erwiesen. Die nächsten Monate werden Auskunft darüber bringen, ob sich die „Solidarnosc“ wird fangen und die vorliegenden Aufgaben in der Interessenvertretung wieder wahrnehmen können.